

Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz

Haushaltskonsolidierung mit BürgerInnen-Beteiligung?

Die Finanzlage der Stadt sieht derzeit nicht nur nicht rosig aus, sondern befindet sich eher in den Grau- bis Schwarztönen. Allein das laufende Haushaltsjahr 2010 muss mit einem Eingriff in die Rücklage in Höhe von 20 Mio. Euro finanziert werden, ansonsten wären wesentliche beschlossene – und vor allen Dingen notwendige – Maßnahmen nicht realisierbar.

Auch das kommende Haushaltsjahr 2011 sieht nicht besser aus – im Gegenteil: Nächstes Jahr werden dem massiven Wegfall von Gewerbesteuererinnahmen erhöhte Ausgaben über die Gewerbesteuerumlage gegenüberstehen. 2011 wird aus finanzpolitischer Sicht mit Sicherheit ein hartes Jahr. Und auch die „Sparklausur“ des Gemeinderats in Ittingen hat deutlich gemacht, dass dem Rat langsam aber sicher die innovativen Ideen zum Sparen ausgehen.

Müssen jetzt die BürgerInnen ran?

Die FGL setzt sich seit Jahren für eine verbesserte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in wesentliche Entscheidungen der Kommunalpolitik ein – sei es bei Bebauungsplänen, bei Fragen der Nachhaltigkeit, oder die Einrichtung eines Jugendgemeinderats. Doch wie können Bürgerinnen und Bürger in Zeiten, in denen die kommunalpolitischen Handlungsspielräume immer kleiner werden in die Zukunftsentscheidungen der Kommune einbezogen werden?

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde darüber diskutiert, wie mehr Transparenz für BürgerInnen über die derzeitige Haushaltsberatung geschaffen werden kann. Während die einen die Situation nutzen wollen, einen Bürgerhaushalt einzuführen, sind andere der Auffassung, dass der „Bürger an sich“ ohnehin zu wenig vom Zahlenwerk der Stadt verstünde, als dass er damit qualifiziert umgehen könne.

Die Einführung eines BürgerInnenhaushalts ist seit vielen Jahren ein wichtiges Ziel der FGL. Allerdings muss ein derart wichtiger Schritt gut vorbereitet werden – zum einen muss das Prozedere klar und transparent gemacht werden, zum anderen – und das ist vielleicht noch wichtiger: Es muss von vornherein offen und transparent formuliert werden, wie mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger verfahren werden soll. Ein umfassendes Beteiligungskonzept nützt niemandem etwas, wenn der Rat ohnehin davon überzeugt ist, dass er „es besser weiß“.

Eine weitere wichtige Frage ist die, ob die Phase einer Haushaltskonsolidierung die richtige Zeit für die Einführung eines Beteiligungshaushalts ist. Erfahrungen in anderen Städten haben gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger sehr detaillierte und

interessante Vorschläge für die Aufstellung des Haushaltsplanes haben, allerdings weckt dieses Verfahren stets Begehrlichkeiten bei den Beteiligten. Derzeit – so muss man es leider sagen – gibt es in Konstanz nahezu keinen Spielraum, Gelder zu verteilen. Wir werden uns in den kommenden zwei Jahren strikt an das Pflichtprogramm halten müssen und darüber beraten, welche Maßnahmen noch verzögert werden können.

Tübingen geht derzeit einen interessanten Weg: In eben dieser Phase der Haushaltskonsolidierung hat die Stadt mit Unterstützung der Universität eine BürgerInnenbefragung gestartet, in welcher 1.000 BürgerInnen repräsentativ ausgewählt einen Fragebogen ausfüllen sollen. Darin können sie Angaben darüber machen, wo ihrer Meinung nach gespart werden kann, welche Gebühren erhöht werden sollten, welche Ausgaben gekürzt werden könnten und vor allem: in welchen Bereichen sie bereit wären, sich finanziell oder ehrenamtlich zu engagieren.

Wir haben in der vergangenen Ausschusssitzung vorgeschlagen, dass die Stadt Konstanz einen ähnlichen Weg gehen soll, um so eine Einbeziehung der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger auf repräsentativem Wege zu ermöglichen. Darüber hinaus wird es auf Antrag der FGL ein öffentliches Forum geben, in welchem sich interessierte BürgerInnen mit den Ausschussmitgliedern über den Haushalt unterhalten können.

Das ist zwar noch kein BürgerInnenhaushalt – aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Charlotte Biskup

Träume

Schön, dass Planer noch Visionen haben dürfen. Am Hauptbahnhof in Konstanz hatte man in den letzten zehn Jahren sehr schöne Visionen. Mit zwei Wettbewerben wurde das Konzept einer sog. „Begegnungszone“ entwickelt, die nicht in Fahr- und Gehstreifen geteilt ist. Ein mit Bäumen überstellter platzartiger Bereich kann mit Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h befahren und an jeder beliebigen Stelle von Fußgängern überquert werden (s.a. Subkurrier Oktober 09).

Die Durchlässigkeit zum See soll durch eine behindertenfreundliche Über- oder Unterführung, die die Bahnsteige besser erschließt, gewährleistet werden. Bürgermeister Werner träumte von einer 3-Gleisüberführung, die achsial vom Bahnhofsgebäude, von Aufzügen begleitet, bis zum Hafen führen sollte.

Die inzwischen allzu bekannte Knausrigkeit der Bundesbahn lässt auch hier wieder mal aus Träumen aufschrecken. Jetzt müssen kleine Brötchen gebacken werden: Die vorhandene enge Unterführung soll (hoffentlich!) ausgeweitet werden und mit Aufzügen zu den Bahnsteigen versehen werden. Das wäre immerhin mal etwas im



Bäcker kleiner Brötchen

Vergleich zu den derzeitigen skandalösen Zuständen. Die gewünschte Verlängerung der Unterführung bis zum See allerdings muss die Stadt selbst zahlen.

Und die „Begegnungszone“ vor dem Bahnhof? Verkehrsgutachter hatten berechnet, dass die angestrebte Erweiterung des Lago-Parkhauses denkbar ist. Voraussetzung wäre die Verkehrsberuhigung am Bahnhof. Inzwischen hat der Gemeinderat mit der Stimme des OB (!) der Parkhauserweiterung grünes Licht gegeben. Wegen der prekären Haushaltslage hört man aus dem Rathaus, dass es vor dem Bahnhof 20 km/h-Schilder und einige Blumenkübel auch täten.

So ist das mit unseren Träumen!

Manfred Heier

Quartier Berchen-Öhmdwiesen in Bewegung

Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ermöglicht der Stadt Konstanz seit dem Jahr 2003 zahlreiche Investitionen im Quartier Berchen-Öhmdwiesen. Ein Sechziger-Jahre-Quartier mit 4500 BewohnerInnen, davon rund 45 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, und einer hohen Anzahl an älteren Menschen.

Wichtiges Element ist ein **Integriertes Handlungskonzept** mit umfassenden sozialen und städtebaulichen Projektvorschlägen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist die Einrichtung eines Quartiersmanagements erforderlich. Das Architektur- und Stadtplanungsbüro ORplan aus Stuttgart hat diese Aufgabe übernommen.

Im März 2009 begann meine Tätigkeit als Quartiersmanager mit dem Auftrag der Aktivierung und Beteiligung von BewohnerInnen bei der Umsetzung von Projekten. Die Vernetzung zwischen den bestehenden Einrichtungen im Quartier zu verstärken, die Öffentlichkeitsarbeit und den „schlechten Ruf“ zu verbessern sowie viele weitere Projekte anzugehen.

Die Maßnahmen rund um den **"Grünen Bogen"** sind die umfangreichsten städtebaulichen Projekte im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes. Mit „Grüner Bogen“ ist ein bisher ungenutzter aber landschaftlich attraktiver Grünzug durch das Quartier gemeint. Im Bereich Öhmdwiesen verläuft dieser von Norden nach Süden entlang des Zergle-Bachlaufs und im Bereich Berchen endet dieser am großen Berchenspielplatz.

Im Rahmen eines Jugendbeteiligungstages im Oktober 2009 in Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff Berchen und der Mobilien Jugendarbeit wurden mit Hilfe von Campus TV rund 200 Jugendliche zu unterschiedlichen Themen befragt und Anregungen eingeholt. Viele haben eingebracht, dass die städtischen Bolzplätze mit der Oberfläche aus Holzhackschnitzeln ungern genutzt werden, da diese zu Verletzungen führen und schlecht zu bespielen sind. Weniger Bolzplätze würden genügen, wenn diese wie der DFB-Minikunstrasenplatz in Petershausen ausgeführt würden.

In mehreren Schritten haben junge Erwachsene und einige Jugendliche mit Hilfe von Architekturmodellen Vorschläge erarbeitet und diese der Stadtverwaltung vorgestellt. Auf dessen Grundlage wird seit Mitte September an der Mannheimer Straße ein bestehender Bolzplatz zu einem Mini-Kunstrasenplatz und einem Streetball-Feld mit zwei Körben umgebaut.

Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein städtebauliches Projekt eine Konfliktsituation im Quartier entspannt. Die Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, die bisher an der Brandenburger Bushaltestelle verweilten und oft Fußball mitten auf der Straße spielten, sorgten in den vergangenen Jahren für viel Unmut bei AnwohnerInnen. Mit dem neuen Freizeitangebot entsteht ein Ort für Jugendliche, der für sie gemacht ist und an dem sie niemanden in der Umgebung stören.

Entlang des Zerglebaches entsteht dieser Tage ein Fußweg für alle BewohnerInnen. Im Vorfeld fanden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in mehreren Schritten Informations- und Mitwirkungsveranstaltungen statt. Die beteiligten BewohnerInnen hatten hier die Möglichkeit, Ihre

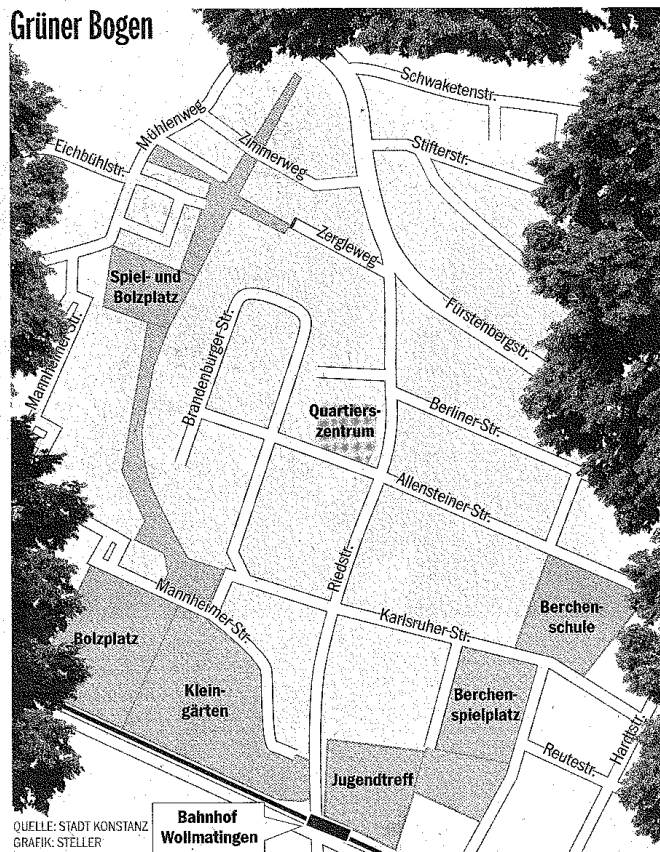
Anregungen aber auch Sorgen einzubringen. Zum großen Teil konnten diese in die Planungen einfließen. Aus diesen Informationsterminen haben BewohnerInnen angeregt, den Zerglebach in einer **"Putzede-Aktion"** von Müll zu befreien. Im April haben rund 20 Kinder, Jugendliche und Erwachsene gemeinsam viele Müllsäcke gefüllt und sich bereit erklärt, auch in Zukunft an solchen Aktionen teilzunehmen.

Zusätzlich wird noch ein **"Bewegungspark der Generationen"** am Eingang in die Mannheimer Straße entstehen. Es werden Sport- und Freizeitgeräte für Jung und Alt aufgestellt, um diese dann durch bestehende Angebote wie Qi Gong, dem Quartierswalking und weiteren Gesundheitsaktivitäten mit Leben zu füllen.

Für die Planung und Umsetzung der Projekte am "Grünen Bogen" ist Frau Renate Gauss vom Amt für Stadtplanung und Umwelt zuständig. Sie hat viel Zeit und Engagement in die Gespräche mit BewohnerInnen investiert und viele Vorschläge in die Umsetzung einfließen lassen.

Das „**Quartierszentrum Berchen-Öhmdwiesen**“ in der Allensteiner Straße 1b ist im März diesen Jahres entstanden. Gemeinsam mit Frau Muckenfuß, zuständig für die Interkulturelle Elternarbeit (Träger ist der Verein WiZiK e.V.), wurde das Konzept für einen Treffpunkt erstellt, in dem alle Erwachsenen des Quartiers die Möglichkeit bekommen an unterschiedlichen Angeboten teilzunehmen oder selbst ehrenamtlich Angebote zu erstellen:

- Sprachkurse für MigrantenInnen und Erzählcafés für Frauen sorgen für eine bessere Verständigung und Austausch zwischen den vielen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern.
- Ein internationaler Mittagstisch, der jeweils mittwochs ab 12.30 Uhr stattfindet, ermöglicht es BewohnerInnen, für andere BewohnerInnen zu kochen.
- In Workshops zu den städtebaulichen Projekten kann man sich über die



geplanten baulichen Projekte Informieren oder Anregungen und Einwände einbringen.

- Zudem können in den Sprechzeiten jeweils von Dienstag bis Donnerstag von 10 Uhr bis 12 Uhr die Interkulturelle Elternarbeit oder das Quartiersmanagement zu unterschiedlichen Belangen kontaktiert werden.

In Besprechungen mit den anderen Einrichtungen im Quartier entstehen Ideen und Planungen für viele Projekte. Beispielhaft ist das **Quartierswalking** für Menschen mit eingeschränkter Bewegung oder der neue **Spielenachmittag für Erwachsene**.

In den letzten Jahren haben gemeinsam veranstaltete Projekte wie der Flohmarkt **"Markt, Musik und Manufaktur"** auf dem Berchenspielplatz oder das neue Quartierfest **"Berchen-Öhmdwiesen in Bewegung"** dabei geholfen, ein besseres Bild innerhalb und außerhalb des Quartiers zu schaffen.

Die Räume können auch von Vereinen und einzelnen BewohnerInnen für Sitzungen, Kindergeburtstage und Feiern genutzt werden. Als Gegenleistung wird dann beim Mittagstisch gekocht oder bei einer anderen Veranstaltung mitgeholfen.

Ein wichtiges Projekt für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Quartier ist der **Naturgarten Berchen**. Die Initiative von Frau Katrin Muckenfuß, einen sogenannten **"Interkulturellen Garten"** im Quartier Berchen-Öhmdwiesen zu schaffen, begann vor mehreren Jahren. Die Idee besteht darin, Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und sozialer Milieus mithilfe des Themas "Garten und Gemeinschaft" näher zu bringen. Ein sonst schwieriges Unterfangen hat sich in den mittlerweile 70 bestehenden "Interkulturellen Gärten" in Deutschland als sehr erfolgreich erwiesen, ebenso im Quartier Berchen-Öhmdwiesen.

Über den Zeitraum von einem Jahr haben sich in mehreren Schritten rund 15 BewohnerInnen mit und ohne Migrationshintergrund zusammengefunden. Gemeinsam wurde der Verein **"Nachbarschaftsgärten Bodensee e.V."** gegründet. Von der Vereinssatzung bis zum Pachtvertrag wurde alles gemeinsam erarbeitet. Für ein Modellprojekt erhält der Verein ein Grundstück der Stadt Konstanz zur Pacht. Der „**Naturgarten Berchen**“ soll der erste von weiteren Gärten in Konstanz und darüber hinaus werden.

Dank der finanziellen Unterstützung durch das Programm „Soziale Stadt“ konnten auf dem 300 m² großen Grundstück rund zwei Drittel mit Mutterboden ausgelegt werden. Der Verein freut sich nun schon sehr auf die kommende Bio-Ernte und die ersten gemeinsamen Unternehmungen und Projekte. Da der Verein noch am Anfang steht, sind Geld- und Sachspenden sehr erwünscht. Falls Sie den Aufbau des Naturgarten Berchen unterstützen möchten, können Sie sich gerne an das Quartierszentrum wenden.

Während in der Bundespolitik sehr oft über Integration gesprochen wird, schaffen engagierte Bürger in Vereinen wie dem Nachbarschaftsgärten Bodensee e.V. ein positives Miteinander und eine Integration in die Gesellschaft aller Menschen.

Das Programm "Soziale Stadt" ist auf wenige Jahre befristet, das Quartier Berchen-Öhmdwiesen gibt es aber schon seit über 40 Jahren. Ohne die tägliche Arbeit vieler Einrichtungen im Quartier (Schulen, Kirchengemeinden, Jugendeinrichtungen und der Stadt Konstanz) wäre die positive Entwicklung der letzten Jahre unmöglich gewesen. Die vielen Angebote sind für alle Menschen im Quartier sehr wichtig. Das Quartiersmanagement leistet dabei nur ein kleiner Beitrag.

„Investor geht vor“

Dieses Motto galt für die Gemeinderatssitzung am 23. September, als über die umstrittene LAGO-Parkhaus-Erweiterung entschieden wurde. So erteilte Oberbürgermeister Horst Frank Cornelius Liedtke als Vertreter des Hamburger Investors nach einer ersten Debattenrunde, bei der aus jeder Gruppierung ein Redner zu Wort kam, das Wort. Diese Gelegenheit nutzte Liedtke für ein langes Grundsatzreferat, in welchem er die angeblichen Vorzüge der Parkhauserweiterung anpries und zuletzt dem Rat eine Art „unmoralisches Angebot“ unterbreitete: Sollte der Rat dem Parkhaus-Projekt zustimmen, so sei der Investor bereit, der Stadt einen Zuschuss zur Neugestaltung des Bahnhofsplatzes zu gewähren. Diese Verknüpfung halte ich für unzulässig und anmaßend. Gesetzt den Fall, ein Konstanzener Bürger spräche in der Bauverwaltung vor, um sich den Bau einer Dachgaube genehmigen zu lassen und würde im Gegenzug anbieten, sagen wir der Musikschule der Stadt etwas zu spenden, so würde ihm der zuständige Sachbearbeiter antworten: „Sie können ja gerne spenden, doch auf die Baugenehmigung wird dies keinen Einfluss haben!“ Was allerdings für den Normalbürger gilt, an das muss sich ein finanzstarker Investor in Konstanz offenbar nicht halten („Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht gestattet!“). Hier liegt ein Verstoß gegen das Primat der Politik und rechtsstaatliche Grundsätze wie das Gleichbehandlungsgebot vor. Doch das scheint unseren Oberbürger-

meister und unsere Gemeinderäte nicht zu interessieren: So setzte eine knappe Ratsmehrheit durch, dass die Debatte unmittelbar nach der Skandalrede Herrn Liedtkes beendet wurde und man sofort zur Abstimmung schritt, die die Parkhausfreunde denkbar knapp mit 21:20 gewannen. Damit konnten demokratisch gewählte Gemeinderäte nicht einmal mehr auf die Argumente des

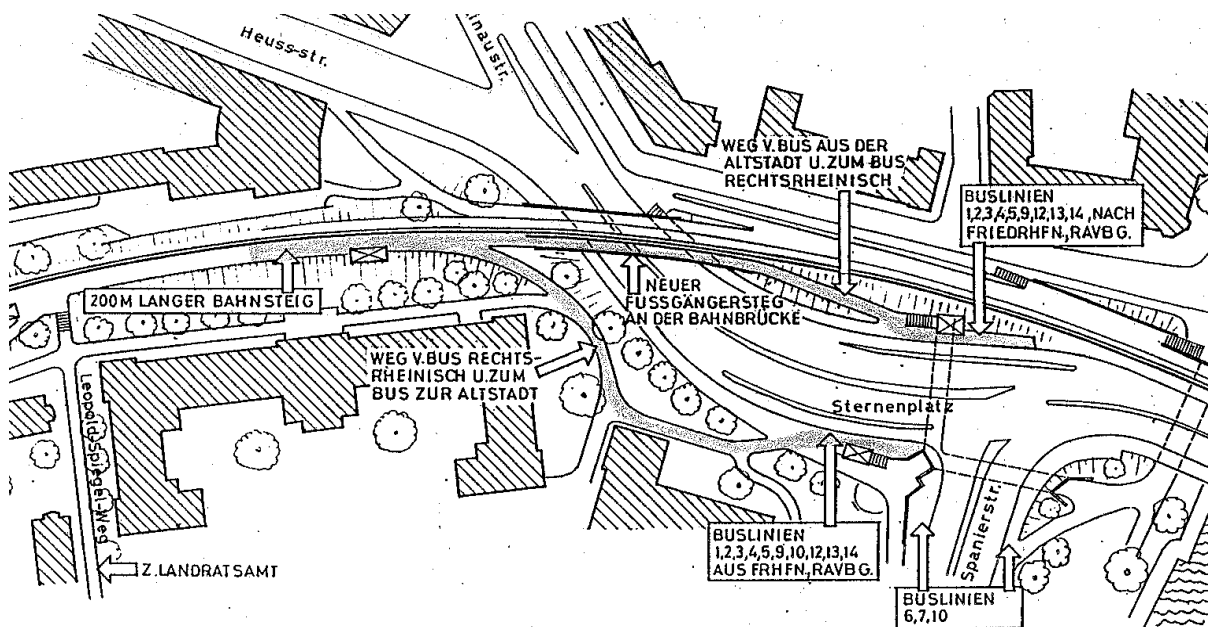


Investors reagieren. Jörg-Peter Rau kommentierte dies wie folgt: „Wenn ein Investor vor dem Gemeinderat reden darf, sollte dies unseren gewählten Vertretern erst recht möglich sein“ (Südkurier Konstanz, 25. Sept.). Wir haben es in Konstanz mit einer Gemeinderatsmehrheit zu tun, die unliebsame Debatten per Mehrheitsbeschluss beendet, und mit einem Oberbürgermeister, der seiner Verantwortung als Vorsitzender des Gemeinderats nicht gerecht wird. Von Horst Frank hätte man erwarten müssen, dass er für einen fairen Sitzungsverlauf eintritt!

Sternenplatz

Alles schien auf gutem Wege: Die Planung für den Haltepunkt Sternenplatz war schon weit gediehen, der Landtagsabgeordnete Hoffmann stellte Finanzmittel in Aussicht. Doch jetzt macht die Bundesbahn wieder mal Probleme. Nach ihren Berechnungen kann die schwere Betonkonstruktion der Bahnbrücke über die Mainaustraße einen zusätzlichen Bahnsteig nicht tragen. Dafür müsste die ganze Brücke abgebrochen und durch eine neue Stahlkonstruktion ersetzt werden. Da die geschätzte Lebensdauer der bestehenden Brücke mit noch 25-30 Jahren angenommen wird, ist stark zu bezweifeln, dass vorher irgendetwas geschehen wird.

Schon 1994 - vor 16 Jahren ! - wurde vorgeschlagen, den neuen Bahnsteig am Nordende der Brücke neben der Klosterkaserne beginnen zu lassen, einen Fußgängersteig an die Brücke anzubringen und so die Brückenkonstruktion unangetastet zu lassen. Diese Lösung wird von der Stadtverwaltung verworfen, obwohl sie die kostengünstigste ist und am schnellsten zu verwirklichen wäre.



FGL-Vorschlag 1994

Die von der Stadt genannten städtebaulichen und verkehrlichen Nachteile halte ich für wenig überzeugend. Da ist von „isolierter stadträumlicher Lage“, „fehlender städtebaulicher Einbindung“, gar von „Lichtverschmutzung“ die Rede. Die Entfernung von den Bushaltestellen bis zum Bahnsteig beträgt ca. 150 Meter. Bedenkt man, dass Bahnsteige der Bundesbahn mindestens 160 Meter Länge haben müssen, relativiert sich die Weglänge sehr schnell. Die weitaus meisten Umsteigenden sind Alltagsnutzer und kennen die Wegeverbindungen. Die wichtigste Wegbeziehung zwischen Bahnsteig und Bushaltestelle stadteinwärts ist ohnehin gleich lang wie bei einem Bahnsteig auf der Brücke.

Es sei daran erinnert, dass vor Jahren die Stadtverwaltung noch einen Bahnhaltepunkt an der Petershauser Straße vehement favorisierte, wo gar keine Verbindung Bahn/Bus möglich wäre. Da muten die derzeitigen Argumente der städtischen Verkehrsplaner schon seltsam an.

Als Totschlagargument wird aber die Finanzierung aufgeführt. Gemäß einem alten Vertrag von 1957 zwischen Bahn und Stadt würde die Bahn 50% beisteuern bei Änderungen am Brückenbauwerk. Bei einer Lösung neben der Klosterkaserne müsste die Stadt für die Haltestelle einen höheren Beitrag leisten und der Kostenvorteil wäre dahin.

Ja, und da ist noch die ganz große Vision, das sogenannte Agglomerationsprogramm, das den grenzüberschreitenden Regionalverkehr fördern soll, wobei man auf Baukostenzuschüsse aus der Schweiz hoffen könnte. Gedacht ist dabei an einen Viertelstundentakt für den Seehas. Das brächte wiederum Probleme für das Schienennetz und Straßenquerungen (Zweigleisigkeit bis zur Klosterkaserne, Schranken an der Jahn-/Petershauser Straße). Zwischen 2015 und 2018 soll ein solches Programm umgesetzt werden. Das heißt: wieder fünf Jahre warten. Nach Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte gehört schon eine Menge Gutgläubigkeit dazu, solche Termine für realistisch zu halten.

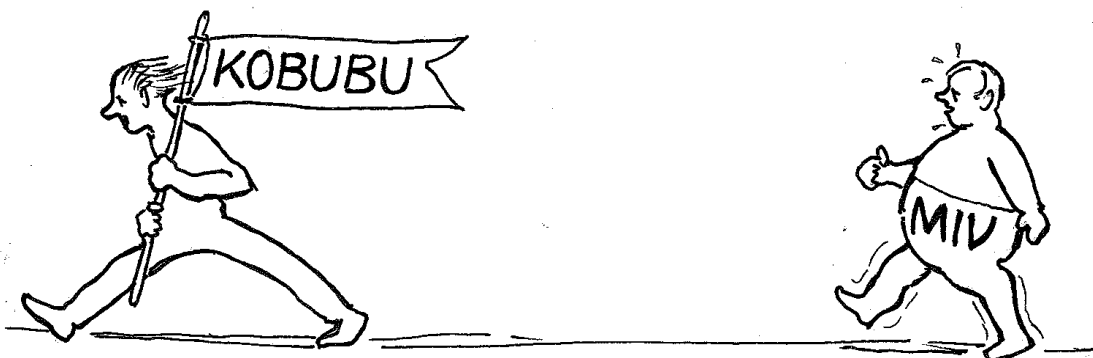
Der Haltepunkt Sternenplatz steht wohl wirklich in den Sternen! Dabei ist das Projekt eines der wichtigsten Elemente für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Schade!

Manfred Heier

Sanfter Druck gegen den Parkdruck

25,90 Euro zahle ich dafür, dass ich mein Auto auf der Straße in meinem Wohngebiet „Paradies Südost“ ein Jahr lang abstellen darf. Das ist ungefähr soviel wie ein Kinobesuch, eine Pizza und ein Viertele Corbières in der Seekuh. Wirklich nicht viel übers Jahr gesehen. Und wer etwas weiter hinten im Paradies wohnt, der zahlt für seinen Straßenparkplatz gar nichts. Das ist für die Bewohner dort zwar einerseits schön, aber teilweise auch nervig: Die Plätze sind des Öfteren belegt von Autofahrern, die ihr Ziel in der Innenstadt oder vielleicht auch in der HTWG haben, sich aber das Parkhaus sparen wollen. Die Parkplätze unter der Schänzle-Brücke an der großen Sporthalle werden auch gerne genutzt, die kosten auch nichts.

Das ist absurd. Wo fast alle Gemeinderatsfraktionen, einschließlich der SPD-Fraktion, die ja nur die Erweiterung des Lagoparkhauses abgelehnt hat, nach mehr Parkplätzen schreien, hat man offenbar im westlichen Paradies das so wertvolle Gut Parkraum einfach zu verschenken. Eine wirklich noble Geste gegenüber den Automobilisten, die sich die Stadt aber nicht leisten kann, zur Zeit schon gar nicht.



Die Stadt **sollte** sich dieses Geschenk aber auch nicht leisten. Dieses Geschenk widerspricht nämlich ihrem erklärten Willen, den Autoverkehr einzudämmen und zugleich den Bus-, Rad- und Fußgängerverkehr zu fördern. So steht's im Stadtentwicklungsprogramm 2020, dem der Gemeinderat mit einer geschätzten Neunzehntel-Mehrheit zugestimmt hat. Das linksrheinische Parken auf öffentlichen Straßen sollte daher flächendeckend bewirtschaftet sein – durch Anwohnerparkausweise oder eben durch gebührenpflichtige Parkplätze. Das würde einen sanften Druck ausüben, der den Parkdruck im Paradies etwas mildern würde. Man muss sich einmal vorstellen: Wer ganzjährig mit dem Bus sein tägliches Ziel in der Altstadt oder auch im Paradies von irgendwo außerhalb erreichen will, zahlt mindestens 390 Euro. Soviel kostet die Jahreskarte für den Bus. Wer mit dem Auto kommt und geschickt parkt, zahlt dafür nicht nur nichts, sondern nimmt womöglich den Anwohnern auch noch den Parkplatz weg.

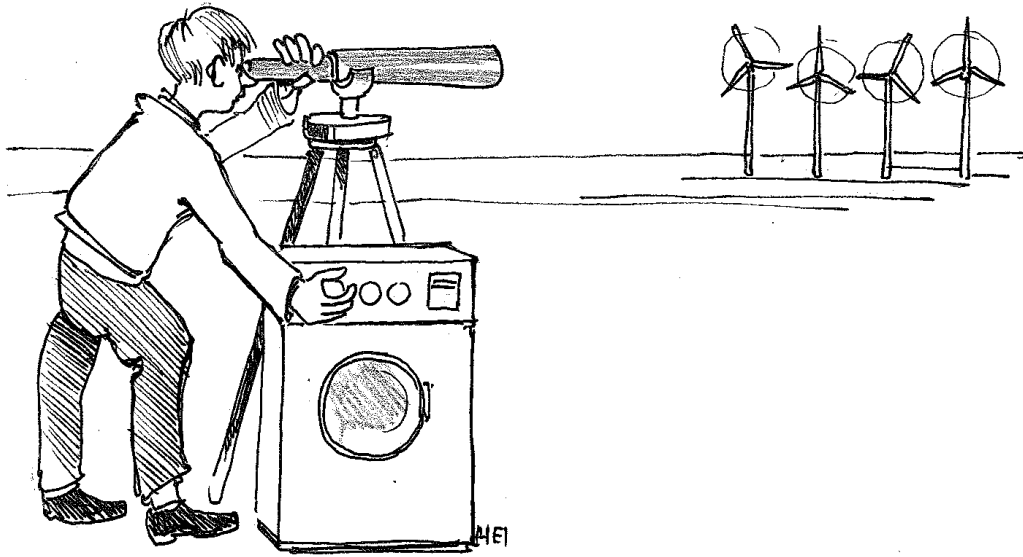
Die Stadt hat also noch einige Stellschrauben, um das angebliche Parkplatzproblem in den Griff zu bekommen. Unter der Woche findet sich in den Parkhäusern der Innenstadt jeder gewünschte Parkplatz. Nur am Samstag wird es eng. Aber auch dagegen gibt es wirksame Mittel: Bei hoher Nachfrage und nicht beliebig ausdehnbarem Angebot, so lehren es uns die Marktwirtschaftler, steigt auch der Preis. Das weiß jeder, der sich überlegt, ob er eine Ferienwohnung im August oder lieber im September buchen soll. Warum also sollte das Parken an Samstagen in der Innenstadt genauso billig sein, wie an Wochentagen? Warum sollten erhöhte Parkgebühren an Samstagen nicht herangezogen werden, um den KoBuBu zu finanzieren, den **Konstanzer Einkaufsbummelbus**, den ich in der Gemeinderatssitzung am 23. September kurzerhand erfunden hatte: Ein Shuttle, der vom P+R-Platz unter der rechtsrheinischen Brückenauffahrt in die Innenstadt pendelt?

Roland Wallisch

Lieber smarte Nutzer als smarte Meter

Seit Anfang 2010 müssen durch die Energieversorger bei Neubauten oder umfassenden Sanierungen intelligente Zähler, so genannte "smart meter", eingebaut werden. Sie sollen einem verdeutlichen, wo die Einsparpotenziale im Strombereich liegen. Die Auslesung der Geräte soll sowohl am Zähler als auch in der Wohnung über PC oder externes Zusatzgerät möglich sein. Man kann dann also am Stromverbrauch sehen, dass man gerade den Herd angemacht hat, was man sonst vielleicht nicht wüsste. Ebenso wird die „Haushaltsgrundlast“ gut auslesbar. Man sieht wie viel der Kühlschrank nachts verbraucht und andere Geräte, die in Bereitschaft sind. So lässt sich ausrechnen wie viele kWh durch Steckerziehen oder Neuanschaffung eines Kühlschranks gespart werden können. Das kann ich auch mit einem kostenlosen Messgerät der Stadtwerke Konstanz oder ich kauf mir eins für zehn Euro.

Jedoch soll auch meine Naturverbundenheit durch die neuen Zähler gestärkt werden: Bei einer nächtlichen steifen Brise an der Nordseeküste werde ich geweckt und soll die Waschmaschine anmachen. Dadurch werde ich bis zu einem Cent sparen. Leider muss ich zwei Stunden später wieder aufstehen, um den Trockner zu befüllen, der zwischen drei und fünf Uhr kostenlos ist. Bei den Stadtwerken Radolfzell kostet dieser freundliche Weckdienst einmalig 140 € und monatlich 10 € extra.



Durch die nach EnWG §21 Absatz 3a schon heute bestellbare monatliche Abrechnung werde ich aber immer wieder motiviert den Lastgang meines Haushalts den Windbedingungen anzupassen. Auch wenn sich durch den Einmaleffekt gerade mal die Anschaffungskosten des Zählers amortisieren werden und die intelligente Steuerung meiner Geräte sich erst bei einem Strompreis von einem Euro pro kWh rechnet. Aber das werden wir erst ab Sylvester 2010 wissen, wenn die Energieversorger ihre variablen Tarife anbieten müssen. Wenigstens will die EU mit der Richtlinie 2006/32/EG dafür sorgen, dass wir unsere Rechnungen dann verstehen und uns mit unserem Nachbar vergleichen können.

Ein Preisvorteil für die Energieversorger könnte sich dadurch ergeben, dass sie mir aus der Ferne den Strom abstellen können und sie Mahnungen mit Leistungsbeschränkungen verzierer könnten. Auch steigert sich meine Zahlungsmoral wenn ich im „Hartz IV Tarif“ nur noch nachts kochen darf und sich nach dem deutschen Regelsatz von zwei Stunden am Tag der Fernseher abschaltet. Immerhin hat die Werbelobby durchgesetzt, dass Zusatzjobber bei einem Werbungsanteil von 50 % eine halbe Stunde länger gucken dürfen. In den Niederlanden wurden die intelligenten Zähler für zu schlau befunden, so dass man die Einführung aus Datenschutzgründen verschoben hat.

Nichtsdestotrotz plant die Regierungskoalition im Moment den flächendeckenden Umtausch der alten Zähler ab 2012. Demnächst sollen auch Heizungs- und Wasserverbrauch mit erfasst und gesteuert werden. Dann ließen sich die Heizkosten für Arbeitslosengeldempfänger sehr einfach auf 1€/m² monatlich begrenzen. Dumm nur, dass ich schon heute an meinem Zähler den Verbrauch ablesen kann und sogar ein Recht darauf habe. Der smarte Nutzer ist volkswirtschaftlich deutlich günstiger als der smarte Meter, aber das hat schon bei der Abwrackprämie keinen interessiert.



Wirtschaftspolitik – verständlich erklärt anhand von zwei Kühen

Christdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine.
Sie behalten eine und schenken Ihrem armen Nachbarn die andere. Danach bereuen Sie es.

Sozialist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine.
Die Regierung nimmt Ihnen eine ab und gibt diese Ihrem Nachbarn. Sie werden gezwungen, eine Genossenschaft zu gründen, um Ihrem Nachbarn bei der Tierhaltung zuhelfen.

Sozialdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine.
Sie fühlen sich schuldig, weil Sie erfolgreich arbeiten. Sie wählen Leute in die Regierung, die Ihre Kühe besteuern. Das zwingt Sie, eine Kuh zu verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können. Die Leute, die Sie gewählt haben, nehmen dieses Geld, kaufen eine Kuh und geben diese Ihrem Nachbarn. Sie fühlen sich rechtschaffen. Udo Lindenberg singt für Sie.

Freidemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine.
Na und?

Kommunist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine.
Die Regierung beschlagnahmt beide Kühe und verkauft Ihnen die Milch.
Sie stehen stundenlang für die Milch an. Sie ist sauer.

Kapitalist

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und kaufen einen Bullen, um eine Herde zu züchten.

EU-Bürokratie

Sie besitzen zwei Kühe.
Die EU nimmt Ihnen beide ab, bezahlt Ihnen dafür eine Entschädigung, tötet eine, melkt die andere, bezahlt Ihnen auch dafür eine Entschädigung und schüttet die Milch dann in die Nordsee.

Termine

26. Oktober 2010 20.00 Uhr Treffen der Kreuzlinger und Konstanzer Grünen, Restaurant Steg 4 am Hafen, Konstanz
16. November 2010 20.00 Uhr Vortrag und Diskussion zu Stuttgart 21 mit Winne Herrmann und Henrich Tiessen, Treffpunkt Petershausen, Georg-Elser-Platz 1, Konstanz
17. November 2010 20.00 Uhr Jahreshauptversammlung der Freien Grünen Liste, großer Saal, Hotel Barbarossa, Am Obermarkt 12-14, Konstanz

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz
Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794
e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de
<http://www.fgl-konstanz.de>
Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598
V.i.S.d.P.: Manfred Heier